

Kultur



Initiative in Potsdam gegründet - Musikschulen fordern Verdoppelung der Landesmittel

Mit 2,7 Millionen Euro fördert Brandenburg derzeit die Kunst- und Musikschulen im Lande. Viel zu wenig, sagen diese - und fordern mehr als eine Verdoppelung der Bezüge. Eine Volksinitiative soll nun den Druck auf die Landesregierung erhöhen.

Die Musik- und Kunstschulen in Brandenburg haben eine Volksinitiative gestartet, um mehr Geld vom Land zu bekommen. Seit mehr als einem Jahrzehnt seien die Einrichtungen unterfinanziert, klagte die Initiative "Musische Bildung jetzt!" am Mittwoch in Potsdam. Konkret fordert sie eine deutliche Erhöhung der Landesförderung von rund 2,7 auf 5,6 Millionen Euro im Jahr.

Die hohen Qualitätsanforderungen im aktuellen Musik- und Kunstschulgesetz und der steigende Bedarf an Unterricht müssten auch finanziert werden, sagte der Vorsitzende des Verbandes der Musik- und Kunstschulen, Hinrich Enderlein. Das zuletzt im Februar geänderte Gesetz sei ein "Gesetz mit Knochen, aber ohne Fleisch", kritisierte Enderlein, der von 1990 bis 1994 FDP-Kulturminister in Brandenburg war. Zur Verhinderung von

Qualitätseinbußen und unzumutbar hohen Gebühren für sozial schwache Familien sei eine Erhöhung der Landeszuschüsse dringend erforderlich, hieß es.

Steigende Schülerzahlen, sinkende Förderung

30.000 Unterschriften müssen zur Annahme der Volksinitiative laut Aktions Sprecher Thomas Falk zusammenkommen. Die Unterschriftenlisten liegen in den Musik- und Kunstschulen des Landes aus.

Trotz stetig steigender Schülerzahlen sei der Anteil der Landesförderung an den Gesamtkosten auf neun Prozent zurückgegangen. Die Initiative verlangt jedoch 15 Prozent. Zusätzlich soll sich das Land am Förderprogramm "Musische Bildung für alle" mit 1,5 Millionen Euro beteiligen. 400.000 Euro müssten zudem für die Kunstschulen bereitgestellt werden.

Grüne und Christdemokraten unterstützen diesen Vorstoß. "Rot-Rot lässt die kulturelle Bildung für Brandenburgs Kinder links liegen. Die Landesförderung bleibt auf dem Niveau von 2003", erklärte Ursula Nonnemacher für die Grünen. Das müsse dringen verändert werden. "Über Musik und Kunst nur zu reden reicht nicht, sie muss auch vermittelt werden können. Dafür braucht man Geld, um Kindern und Jugendlichen Musik und Kunst näher bringen zu können", teilte die kulturpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Anja Heinrich, mit.

In Brandenburg werden 36.000 Kinder und Jugendliche an Musik- und mehr als 2.600 an Kunstschulen unterrichtet. Die märkischen Kommunen übernehmen derzeit 50 Prozent der Kosten für die Musikschulen, die Eltern 40 Prozent.

Stand vom 21.05.2014